

Niederschrift
über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am 23.04.2024

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Kleinkes

Herr Leder

Herr Rüter

Ausschussvorsitzender

SPD

Herr Banze

Frau Lammel

Herr Nockemann

Stellv. Ausschussvorsitzender
(bis 18:07 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Grün

Herr Kartal

Frau Pfaff

(ab 17:10 Uhr)

FDP

Herr Kasper

Die Linke

Herr Richter-Bonin

Die Partei

Herr Schwarz

(ab 17:10 Uhr)

AfD

Frau Ostwald

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Alich (parteilos)

Beratende Mitglieder

Herr Böer (Sportbund)

Frau Tweeboom (Schulformsprecher*innen)

Frau Adilovic (Integrationsrat)

Frau Schliephake (Bezirksschüler*innenvertretung)

Herr Wittler (Beirat für Behindertenfragen)

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus

Frau Beckmann

Herr Poetting

Dezernat 2

Amt für Schule

Amt für Schule

Herr Seifert
Herr Bilke
Herr Böhm
Herr Middeldorf
Frau Beckhoff
Frau Schleef

Gäste

Herr Bielefeld

Frau Gröne

Frau Meise

Herr Bökmann

Stab Dezernat 2
Amt für Schule
Sportamt
Schriftführung Sport
Schriftführung Schule
Geschäftsführung

Bauamt
TOP 3.6.2
Umweltbetrieb
TOP 3.7
Jugendamt
TOP 3.13
Jugendamt
TOP 3.13

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 Öffentliche Sitzung Sport

Zu Punkt 2.1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 13.02.2024 Nr. 44/2020-2025

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Sport der 44. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 13.02.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 12.03.2024 Nr. 45/2020-2025

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Sport der 45. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 12.03.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.3 Mitteilungen

Zu Punkt 2.3.1 Fackellauf zu den Special Olympics Landesspielen NRW in Münster

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Zu Punkt 2.4 Anfragen

Keine

Zu Punkt 2.5 Anträge

Keine

Zu Punkt 2.5.1 Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 28.02.2024 zum Schwimmassistenten Projekt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7653/2020-2025

Verschiedene Ausschussmitglieder loben das Projekt der Schwimmassistenzen in den Bielefelder Grundschulen und unterstützen den Antrag der CDU-Ratsfraktion. Herr Beigeordneter Dr. Witthaus berichtet, dass es bereits Gespräche mit dem Sportbildungswerk Bielefeld über ggf. zusätzlichen Finanzbedarf gegeben hat. Der konkrete Finanzbedarf ist u. a. abhängig von dem Beschäftigungsverhältnis der Schwimmassistenzen und der Frage, ob die städtischen Förderschulen ebenfalls mit Schwimmassistenzen unterstützt werden sollen. Das Sportbildungswerk wird die einzelnen Umsetzungsvarianten mit finanziellen Bedarfen vorlegen.

Herr Nockemann (SPD) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweis in die AG SEP.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 28.02.2024 zum Schwimmassistenten Projekt wird an die AG SEP verwiesen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2.6 Erwerb und Errichtung eines mobilen Pumptracks auf dem Gelände der Rochdale Barracks im Rahmen der Zwischennutzung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7851/2020-2025

Herr Böhm (Sportamt) stellt den mobilen Pumptrack, der unter anderem für die Zwischennutzung der Rochdale Barracks angeschafft werden soll, anhand der sich im Anhang befindlichen Präsentation (siehe Anlagen zur Niederschrift, Anlage 1) und eines Videos vor. Verschiedene Ausschussmitglieder begrüßen die Anschaffung, da ein zusätzliches und in Bielefeld noch nicht vorhandenes Angebot geschaffen werde. Auf die Fragen nach dem Untergrund und den Kosten im Vergleich zu einer festen Strecke antwortet Herr Böhm (Sportamt), dass

der Untergrund befestigt und bestenfalls gepflastert oder asphaltiert sein muss. Die Kosten für einen festinstallierten Pumptrack sind abhängig von der Länge und liegen im sechsstelligen Bereich. Die Beschaffung soll möglichst kurzfristig in Auftrag gegeben werden. Mit der Errichtung der Anlage kann frühestens Anfang Juni gerechnet werden.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss beschließt, für den Erwerb und Errichtung eines mobilen Pumptracks, zur Erweiterung des sportlichen Angebots auf dem Rochdale-Gelände, eine Summe von ca. 50.000,- € aus der Sportpauschale für Sportgelegenheiten bereitzustellen. Haushaltsmittel für den Auf- und Abbau der Anlage sollen von der Verwaltung ab dem Haushaltsjahr 2025 eingeplant werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.7 Vermietung und Umbau der ehemaligen Platzwartwohnung am Sportplatz Brake durch den TuS Brake von 1896 e.V.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7839/2020-2025

Der Schul- und Sportausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage.

Zu Punkt 2.8 Vermietung und Umbau der ehemaligen Platzwartwohnung am Sportplatz Heepen durch die Sportvereinigung Heepen e.V.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7846/2020-2025

Der Schul- und Sportausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage.

Zu Punkt 2.9 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht.

Zu Punkt 3 **Öffentliche Sitzung Schule**

Zu Punkt 3.1 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 13.02.2024 Nr. 44/2020-2025**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Schule der 44. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 13.02.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 12.03.2024 Nr. 45/2020-2025**

Herr Rüter (Ausschussvorsitzender) berichtet, dass ihm zu dieser Niederschrift ein schriftlicher Einwand nach § 20 Abs. 3, Satz 5 GeschORat von Frau Ostwald (AfD) vorliege.

Text des Einwands von Frau Ostwald (AfD):

[H]iermit lege ich Einspruch gegen das oben genannte Protokoll ein, da Frau Beckhoff meinen ausführlichen Redebeitrag zu dem TOP 3.4.2 "Entwicklung Campus Seidensticker" in dem vorliegenden Wortprotokoll nur sehr verkürzt mit einem einzigen Satz wiedergegeben hat. Mit dem einen Satz: " Frau Ostwald ist der Meinung, dass es sich bei der Gründung des Gymnasiums um einen Schulversuch handelt." wird meine Einlassung inhaltlich nicht korrekt erfasst. Ich möchte Sie daher bitten, das Protokoll ergänzend zu überarbeiten, bzw. folgende weitere Formulierung dem Ausschuss vorzulegen:

"Frau Ostwald (AfD) äußerte umfangreiche Bedenken, auf Grund derer sie die Planung eines inklusiven Gymnasiums auf dem Campus Seidensticker in Frage stellt.

- 1. Das pädagogische Konzept befindet sich laut der Zeitplanung erst noch in der Entwicklung und ist daher in keiner Weise evaluiert.*
- 2. Die Unterrichtsversorgung inklusiv zu unterrichtender Kinder durch adäquat ausgebildete Lehrkräfte und Sonderpädagogen ist nicht gewährleistet, da inzwischen alle integrativen Systeme unter erheblichem Lehrermangel leiden. Sonderpädagogen fehlen überall. Zudem werden immer mehr Lehrer ohne volle Lehrbefähigung (LOVL) und Alltagshelfer im Unterricht eingesetzt. Gleichzeitig werden ausgebildete Gymnasiallehrer an untere Schulstufen abgeworben, um hier Lücken zu füllen. Ein künftiger Lehrermangel ist in dieser bislang noch sehr erfolgreich arbeitenden Schulform daher vorherzusehen.*
- 3. Eine Schulform, die in eine absehbare Mangellage kommen wird, kann seinen Bildungsauftrag für alle Schüler nicht mehr zufriedenstellend erfüllen.*

Die erfolgreiche Beschulung von Kindern mit Sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf ist auf Grund der Einwände am zukünftigen Gymnasium "Campus Seidensticker" nicht sichergestellt. Ein neues inklusives Gymnasium ist daher abzulehnen."

Nach der Begründung des Einspruchs durch Frau Ostwald (AfD) entsteht eine kurze Diskussion im Plenum.

Herr Rüter (Ausschussvorsitzender) bittet um Abstimmung des Einwands und stellt als Ergebnis fest, dass der Ausschuss den Einwand von Frau Ostwald (AfD), den TOP 3.4.2 der Niederschrift zur Sitzung des Schul- und Sportausschusses vom 12.03.2024 um die von ihr genannten Formulierungen zu ergänzen, einstimmig ablehnt.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Schule der 45. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 12.03.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.3.1 Temporäre Modulbauten

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 3.3.2 Sachstand zur schulischen Versorgung von Seiteneinsteigern (Flüchtlinge und Zuwanderer)

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von dem Sachstand.

-.-.-

Zu Punkt 3.3.3 Neue digitale Stundenplan- und Klassenbuchsoftware

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 3.3.4 Handlungsleitfaden "Umgang mit suizidalen Krisen"

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 3.3.5 Handlungsempfehlungen Lebenslagenbericht

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Anfragen

Zu Punkt 3.4.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.03.2024 zur Ausstattung der Schulen in Bielefeld mit Tablets

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7825/2020-2025

Herr Kleinkes (CDU) zeigt sich überrascht über die bisherige Verteilung von digitalen Endgeräten an den Schulen. Diese sei inhomogen. Er frage sich, wie die Verteilung von Tablets und Zubehör zukünftig erfolge. Er würde es begrüßen, wenn zunächst alle Schulen einen ähnlichen Sättigungsgrad erreichten und dann aufgestockt würde. Zu vermeiden sei, dass die Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten zu einem Faktor bei der Schulwahl würde.

Er fragt nach, ob allen Lehrkräften ein eigenes Tablet zur Verfügung stünde und neue Lehrerinnen und Lehrer unmittelbar ausgestattet würden.

Frau Beckmann (Amt für Schule) führt aus, dass die inhomogene Verteilung an den Schulen in der Inanspruchnahme verschiedener Förderprogramme und den damit verbundenen Auflagen liegt. Schulen mit einem höheren Grad an sozialen Belastungsfaktoren konnten teilweise bereits mit einer 1:1-Ausstattung versehen werden. Die künftige Verteilung der digitalen Endgeräte ist in der Antwort dargestellt. In einem ersten Schritt erfolgt die Vollaussstattung der Oberstufenschüler*innen, in einem zweiten Schritt die Ausstattung aller Schulen in einem Verhältnis 1:2. Dieses Ziel wird im Sommer dieses Jahres erreicht sein. Derzeit sind 8.000 Geräte vorrätig, die Verwaltung wartet noch auf das entsprechende Zubehör. Nach dem Erreichen einer 1:2-Ausstattung wird eine 1:1 Ausstattung nach Schulsozialindex des Landes NRW angestrebt.

Zum Thema Ausstattung von Lehrkräften wurde in früheren Ausschusssitzungen bereits informiert. Unter Inanspruchnahme von Förderprogrammen des Landes konnte in 2020 ein gutes Ausschreibungsergebnis für die digitalen Endgeräte für Lehrkräfte erzielt werden, sodass bis zum Abschluss des letzten Schuljahres alle Lehrer*innen, auch die neu hinzugekommenen, ausgestattet wurden. Aktuell erhalten neue Lehrkräfte keine Tablets, da das vorhandene Kontingent aufgebraucht ist. Die Bezirksregierung wurde darüber bereits informiert.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus unterstreicht die Aussage Frau Beckmanns. Die Ausstattung der Lehrkräfte gehört nicht zu den Aufgaben des Schulträgers, sondern fällt unter die Zuständigkeit des Landes. Die Problemlage ist bekannt. Als neues Förderprogramm wird der Digitalpakt 2.0 erwartet.

Herr Kleinkes (CDU) erkundigt sich, wie die Schulen mit dieser Situation umgehen würden.

Frau Beckmann (Amt für Schule) antwortet, dass die Verwaltung einige Anfragen von Schulen erreicht, die Rechtslage hier aber eindeutig ist.

Auf Nachfrage Herrn Kaspers (FDP) bestätigt Frau Beckmann (Amt der Schule), dass alle Tablets inklusive Zubehör an die Schüler*innen ausgegeben werden.

Herr Schwarz (Die Partei) fragt nach, ob die 1:1-Ausstattung schneller erreicht würde, wenn neue Fördermittel des Landes zur Verfügung stünden.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus antwortet, dass dies von den Förderbestimmungen abhängig ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Anfrage und der Antwort der Verwaltung.

Zu Punkt 3.5 Anträge

Keine

Zu Punkt 3.6 Bericht aus der Schulentwicklungsplanung

Zu Punkt 3.6.1 Berichtsmatrix zu Schulbaumaßnahmen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis vom Sachstand.

Zu Punkt 3.6.2 Durchführung einer Mehrfachbeauftragung zur Erarbeitung eines städtebaulichen Konzeptes für den Bildungscampus Seidensticker an der Herforder Straße

- Stadtbezirk Mitte -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7758/2020-2025

Herr Bielefeld (Bauamt) erläutert den Tagesordnungspunkt anhand der sich im Anhang befindlichen Präsentation (siehe Anlagen zur Niederschrift, Anlage 2).

Herr Schwarz (Die Partei) hebt positiv hervor, dass bei der Planung der Emissionsschutz der Schüler*innen während der Bauphase Berücksichtigung findet.

Der Schul- und Sportausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

Zu Punkt 3.6.3 Schulorganisatorische Maßnahmen zum Schuljahr 2024/2025 aufgrund der Übergänge aus der Erstförderung in das Regelsystem der Sekundarstufe I

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7778/2020-2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die obere Schulaufsicht sowie im Einvernehmen mit den Schulleitungen wird zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten Schulplatzangebotes zum Schuljahr 2024/2025 für den Übergang aus den Sprachfördergruppen in das Regelsystem an folgenden weiterführenden Schulen der Stadt Bielefeld die Kapazität wie folgt erweitert:

Sekundarschule Königsbrügge: 1 Mehrklasse

Martin-Niemöller-Gesamtschule: 1 Mehrklasse

Sofern eine Mehrklassenbildung an einer Realschule erforderlich sein sollte, wird die Verwaltung ermächtigt die Kapazität entsprechend zu erweitern.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.6.4 Hans-Christian-Andersen-Schule - Bildung eines Teilstandorts gem. § 83 Abs. 6 Schulgesetz im Schulgebäude Elbeallee 130a

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7926/2020-2025

Frau Beckmann (Amt für Schule) verdeutlicht, dass die Vorlage zunächst einen Vorratsbeschluss beinhaltet. Hintergrund ist die aktuelle Anmeldesituation an der Grundschule Wintersheide. Mit Abschluss des Anmeldeverfahrens am 11. April 2024 lagen 46 Anmeldungen vor. Der Genehmigungsbescheid der Bezirksregierung wurde unter dem Vorbehalt erteilt, dass eine durchgängige Zweizügigkeit, also die Anmeldung von mindestens 50 Schüler*innen, erreicht wird. In der letzten Woche hat die Bezirksregierung darüber informiert, dass sie beabsichtigt, den Genehmigungsbescheid zu widerrufen, und hat die Verwaltung um entsprechende Stellungnahme gebeten. Die Stellungnahme des Schulträgers im Rahmen des Anhörungsverfahrens wurde der Bezirksregierung bereits übermittelt. Die endgültige Entscheidung der Bezirksregierung ist abzuwarten,

es ist allerdings mit dem Widerruf der Genehmigung zu rechnen. Um die am Standort Wintersheide angemeldeten Kinder auf die drei vorhandenen Schulen in Sennestadt zu verteilen, fehlen die benötigten Raumkapazitäten. Gleiches gilt für die Einrichtung von Mehrklassen an den bestehenden Systemen. Es verbleibt somit nur die Möglichkeit der Einrichtung eines Teilstandortes der Hans-Christian-Andersen Schule an der Elbeallee 130a.

Die Vorlage verfolgt das Ziel, nach dem erwarteten Widerruf der Genehmigung zur Einrichtung der Grundschule Wintersheide umgehend handlungsfähig zu sein. Mit dem Vorratsbeschluss kann bei der Bezirksregierung die Einrichtung eines Teilstandortes beantragt und den Eltern, der an der Grundschule Wintersheide angemeldeten Kinder, zeitnah der Aufnahmebescheid erteilt werden. Die Schulaufsicht ist durchgängig über den Stand des Verfahrens informiert. Der Schulleiter der Hans-Christian-Andersen-Schule ist ebenfalls informiert.

Herr Nockemann (SPD) bedankt sich für das schnelle Handeln der Bielefelder Verwaltung, die auch die Bedeutung des Standorts Wintersheide gegenüber der Bezirksregierung bekräftigt habe. Er gibt zu bedenken, dass die Planungen in Sennestadt bereits fortgeschritten seien.

Herr Kasper (FDP) ist der Meinung, dass die Situation sich bei früherem Handeln seitens der Politik hätte verhindern lassen. Dass auf eine alternative Lösung zurückgegriffen würde und die Schülerinnen und Schüler in ein seines Erachtens baufälliges Gebäude ziehen müssten, bezeichnet er als tragisch.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus widerspricht mit Nachdruck. Das für den Teilstandort vorgesehene Gebäude in der Elbeallee 130a ist entsprechend baulich hergerichtet und erfüllt alle Standards, die ein Schulgebäude erfüllen muss. Es ist an das digitale Netz angeschlossen, es gibt bereits einen OGS-Träger und eine Schulsekretariatsstelle ist ausgeschrieben. Der Schulträger hat somit alle für den Schulbetrieb notwendigen Vorkehrungen getroffen.

Herr Kartal (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Dr. Witthaus an. Die Äußerung Herrn Kaspers empfinde er als despektierlich gegenüber den Akteuren, die sich für die Nutzbarmachung des Gebäudes eingesetzt hätten. Er äußert zudem Unverständnis über die Entscheidung der Bezirksregierung, es sei viel Arbeit in die Planung und die Erarbeitung des Konzeptes geflossen. Auch er bedankt sich bei der Verwaltung für den alternativen Lösungsvorschlag.

Herr Banze (SPD) sagt, er könne den Einwand Herrn Kaspers dass sich bei früherer Planung mehr Kinder angemeldet hätten, nicht nachvollziehen. In der Sache ginge es zudem nicht um das konkrete Gebäude, sondern grundsätzlich um die Bildung eines Teilstandortes.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus ergänzt, dass das Schulkonzept im Bildungsbüro entwickelt wurde. In der Anhörung wurde der Bezirksregierung der Hinweis gegeben, dass das Bildungsbüro unabhängig davon, ob ein Teilstandort gebildet oder eine neue Schule gegründet wird, unterstützend tätig wird. Das der Bezirksregierung vorliegende Konzept wird somit von Beginn an umgesetzt.

Herr Nockemann (SPD) unterstreicht die Aussage von Herrn Beigeordneten Dr. Witthaus. Das Gebäude in der Elbeallee 130a befinde sich aufgrund bereits durchgeführter Bau- und Sanierungsmaßnahmen in einem guten Zustand. Zu bedenken sei außerdem, dass keine Dauer-, sondern eine Kompromisslösung geschaffen würde. Auch seine Fraktion hätte sich ein neues Gebäude gewünscht, gehe mit dem vorläufigen Kompromiss jedoch positiv um.

Auch Herr Rütter (Ausschussvorsitzender) bedankt sich bei der Verwaltung für den konstruktiven Lösungsvorschlag und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Vorbehaltlich des Widerrufs der Genehmigung der Errichtung der Grundschule Wintersheide vom 25.07.2023 durch die Bezirksregierung Detmold wird für die Hans-Christian-Andersen-Schule ab dem Schuljahr 2024/25 ein Teilstandort gem. § 83 Abs. 6 Schulgesetz NRW im Schulgebäude Elbeallee 130 a gebildet.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.7

GS Hillegossen – Erweiterung und Umbau Mensa - Außenanlagenplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6816/2020-2025

Frau Gröne (Umweltbetrieb) erläutert den Tagesordnungspunkt anhand der Beschlussvorlage.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage.

Zu Punkt 3.8

Anpassung der Schulhoffläche der ehem. Comeniusschule als Interimsstandort der Grundschule Wintersheide

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7616/2020-2025

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss Kenntnis von der Vorlage.

Zu Punkt 3.9 Anpassung der Schulhoffläche der ehem. Gutenbergschule als Interimsstandort für die Grundschule Gellershagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7617/2020-2025

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

Zu Punkt 3.10 Anpassung der Schulhoffläche der ehem. Pestalozzischule als Interimsstandort der Grundschule Sieker

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7664/2020-2025

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

Zu Punkt 3.11 Benutzungs- und Entgeltordnung für das Medienlabor der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7767/2020-2025

Herr Kasper (FDP) bittet die Verwaltung darum, sich verändernde Kosten zukünftig aufzuführen. Er äußert den Wunsch, Preise nur im Rahmen der Inflationserhöhung anzupassen. Inwiefern dies aktuell geschehen sei, habe er nicht im Detail überprüft.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die Benutzungs- und Entgeltordnung für das Medienlabor der Stadt Bielefeld entsprechend der Anlage 1 zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.12 8. Satzung zur Änderung der Elternbeitragsatzung vom 05.05.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7740/2020-2025/1

Frau Beckmann (Amt für Schule) berichtet, dass die vorliegende Änderung mit der Beschlussvorlage „7. Satzung zur Änderung der Elternbeitragsatzung vom 05.05.2008 in der Fassung vom 18.12.2023“ (DS.-Nr. 7443/2020-2025) bereits angekündigt wurde. Inhaltlich geht es um die sogenannte Geschwisterregelung. Bisher werden Kinder, die in Kitas vom

Landschaftsverband Westfalen-Lippe finanzierte heilpädagogische Plätze belegen, bei der Geschwisterregelung nicht berücksichtigt. Diese Ungleichbehandlung wird durch die Neuregelung beendet.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die beigefügte 8. Satzung zur Änderung der Elternbeitragsatzung mit Wirkung ab 01.08.2024 zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.13 Sachstand zum Kinder- und Jugendrat

Frau Meise (Jugendamt) und Herr Bökmann (Jugendamt) erläutern den Tagesordnungspunkt anhand der sich im Anhang befindlichen Präsentation (siehe Anlagen zur Niederschrift, Anlage 3). Sie zeigen die Plakate zur Kinder- und Jugendratswahl sowie einen kurzen Film, der unter <https://youtu.be/JJhZeSII50U> einsehbar ist.

Frau Adilovic (Integrationsrat) bedankt sich für die Umsetzung und die beispielhafte dezernatsübergreifende Zusammenarbeit. Besonders positiv sei die frühzeitige Einbindung der Akteurinnen und Akteure hervorzuheben. Auch das Video spreche für sich und zeige die Vielfalt und den Willen zur Gestaltung bei den Beteiligten.

Herr Kartal (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob das Bewerbungsverfahren schon begonnen habe und möchte wissen, wie viele Kandidaturen zu erwarten seien.

Frau Meise (Jugendamt) antwortet, dass die Anzahl der Bewerbungen nicht vorhersehbar ist. Die Wahl findet das erste Mal statt. Die Zahlen anderer Kommunen unterscheiden sich voneinander.

Herr Schwarz (Die Partei) begrüßt das Projekt und die bisherige Umsetzung. Es sei wichtig, dass Kinder und Jugendliche sich in die sie betreffenden Belange und Entscheidungen einbringen können.

Herr Kasper (FDP) bedankt sich für die Ausarbeitung des Projekts. Er fragt, ob in den Schulen kommuniziert werde, dass 20 Personen gewählt und sechs delegiert würden.

Herr Bökmann (Jugendamt) bestätigt dies.

Frau Pfaff (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob die Informationen zum Kinder- und Jugendrat allen Schüler*innen zugänglich gemacht worden seien.

Frau Meise (Jugendamt) informiert, dass alle Schulen seit Dezember bereits mehrfach kontaktiert wurden. Nachdem eine von Herrn Beigeordneten Nürnberg und Herrn Beigeordneten Dr. Witthaus unterzeichnete

E-Mail an die Schulen verschickt wurde, hat sich die Resonanz der Schulen erhöht.

Frau Ostwald (AfD) sagt, sie freue sich auf das Projekt. Die Frist, dass Kinder und Jugendliche mindestens drei Monate in Bielefeld wohnhaft sein müssen, bevor sie sich an der Wahl beteiligen können, erscheine ihr gering.

Frau Meise (Jugendamt) antwortet, dass diese Frist beschlossen wurde und in der Wahlordnung festgeschrieben ist. Andere Kommunen mit einem Kinder- und Jugendrat haben als Vorbild gedient.

-.-.-

Zu Punkt 3.14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht.

-.-.-

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Andreas Rüther
Ausschussvorsitzender

Martha-Elena Beckhoff
Schriftführung Schule

Arne Middeldorf
Schriftführung Sport

Antje Schleef
Geschäftsführung